

Moderaten Sparkurs einleiten¹

1. Im Kommunalbericht 2011 des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz wird die Notwendigkeit einer möglichst zeitnahen und nachhaltigen Konsolidierung der Kommunalhaushalte angemahnt. Begründet wird dies mit hohen Haushaltsdefiziten und einem ungebremsten Schuldenanstieg der Gemeinden.
2. So dramatisch ist die Lage bei uns, wie aus der Darstellung der Haushalts- und Finanzlage der Stadt Hachenburg ersichtlich ist, nicht. Das, was wir über die bisherige Einnahmen- Ausgabenentwicklung wissen, erfordert auch keinen Nachtragshaushalt. Wir sollten uns vom Rat vielmehr auf den eigentlichen Punkt konzentrieren – und das ist die Meinungsbildung zur gleichwohl notwendigen nachhaltigen Eindämmung der Verschuldung.
3. Die Stadt weist zum Jahresende immerhin einen Schuldenstand von rund 3,8 Mio. Euro aus – plus vermerkte Liquiditätskredite von 0,5 Mio. Euro. Das ist im Vergleich mit anderen Gemeinden sicherlich kein Grund in Schwarzmalerei zu verfallen, aber doch Anlass über eine Schuldenbeschränkung nachzudenken, wenn wir uns künftige Handlungsspielräume nicht zu sehr einengen wollen. Bei der Beurteilung des Schuldenstandes muss man jedoch – und das haben wir als SPD-Fraktion an dieser Stelle schon deutlich gemacht –berücksichtigen, dass wir in letzter Zeit ganz massiv Investitionen getätigt haben. Es wurden also Werte geschaffen, die die Stadt attraktiv erhalten, noch attraktiver machen.
4. Wenn man nun mit Blick auf künftige Handlungsspielräume und kommende Generationen – ich komme auf den Generationenaspekt gleich nochmal zurück – einen Kurs zur Schuldenbegrenzung einschlägt, kann man bei diesem Vorhaben auch auf die gesamtwirtschaftliche Lage und sogar auf das Grundgesetz verweisen. Dort ist bekanntlich für Bund und Länder eine Schuldenbremse vorgeschrieben, die sich auch auf die Kommunen auswirkt. Die heute ebenfalls zur Beschlussfassung vorgelegte Beteiligung am Kommunalen Entschuldungsfonds ist dafür Beleg, denn mit dem Fonds sollen Konsolidierungsanstrengungen der Gemeinden nachhaltig unterstützt werden.

¹ Stellungnahme der SPD Fraktion zur Finanzlage der Stadt Hachenburg in der Sitzung des Stadtrats am 26.9.2011.

5. Dabei muss man unseres Erachtens jedoch mit Augenmaß vorgehen: Um eine Kurskorrektur sollte es gehen, also darum ein Signal zu setzen. Nicht um eine radikale Kürzung oder gar Streichung bestimmter Leistungen, die ja alle von den kommunalen Gremien mindestens mehrheitlich beschlossen und damit als förderungswürdig erachtet wurden. Eben deswegen macht man das natürlich auch nicht gern, fällt das ausgesprochen schwer. Ein Signal übrigens – und das ist für die nächste Zeit eigentlich noch wichtiger als die eigentliche Kürzungssumme - das die Bürgerinnen und Bürger zu der Einsicht führt, sich bei künftigen Anforderungen an die Stadt darüber im Klaren zu sein, dass diese im Zweifelsfall per Kredit und damit letztlich zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger finanziert werden müssten. Freiwillige Zurückhaltung aus Einsicht in die Finanzsituation – das ist das, was wir anstreben sollten.

6. Sicherlich, eine Verbesserung der Haushaltslage kann man erreichen indem man nur die Einnahmen erhöht, also wie vom HUFA empfohlen die Gewerbesteuer und die Parkgebühren anhebt. Aus dem, was ich zuvor ausgeführt habe, folgt jedoch, dass man die Ausgabenseite nicht außen vor lassen darf, wenn man eine nachhaltige Wirkung durch Einsicht erzielen will. Diesen Blick auf die Ausgabenseite hatten wir übrigens in der Klausurtagung gemeinsam beschlossen und angeregt, von der Verwaltung eine Zusammenstellung der freiwilligen Leistungen für HUFA und Stadtrat erstellen zu lassen.

7. Die liegt uns nun vor. Und aus der ist ersichtlich , dass die freiwilligen Leistungen der Stadt Hachenburg zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger von anderen Kommunen vergleichbarer Größenordnung - das behaupte ich einfach mal - wohl kaum zu überbieten sind: insgesamt fast eine halbe Millionen Euro und fast 40 Einzelpositionen. Und ich behaupte außerdem: Die freiwilligen Leistungen sind auch dann noch beispielhaft und kaum zu überbieten, wenn man innehält, einen moderaten Schritt zurückgeht und sie – wie in der Vorlage vorgeschlagen - um rund 18.000 Euro kürzt, Kinder bewusst ausgenommen.

8. Wir halten diese 10%ige Kürzung der freiwilligen Leistungen gemäß Vorlage daher für vertretbar – und vor allem für sozial ausgewogen, weil sie keinem Leistungsempfänger den Geldhahn über Gebühr zudreht. Das zeigen die in der Übersicht über die freiwilligen Leistungen vermerkten Kürzungssummen. Man

wertet auch nicht durch unterschiedliche Prozentsätze, denn alle Leistungsempfänger sind gemäß mehrheitlicher Beschlusslage der Gremien, ich erwähnte das bereits, wichtig: die Volkshochschule, die Ruandahilfe, der Kinderschutzbund, die Sportvereine und viele andere ehrenamtlich Tätige.

9. Wer in diesem Kürzungsvorschlag ein Signal zur Abwertung des ehrenamtlichen Engagements sieht, der – und das sage ich hier ganz deutlich – der irrt. Ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger sind gewiss in besonderem Maße gemeinwohlorientiert. Gemeinwohlorientiert bedeutet aber auch, meine Damen und Herren, dass Belastungen, Schulden also, nicht einfach auf kommende Generationen weitergeschoben werden. Wer so zu denken bereit ist, wird eine Beschränkung der Zuwendungen, davon sind wir fest überzeugt, nicht als Abwertung der eigenen Tätigkeit begreifen können und seinen Beitrag leisten wollen, zumal – das habe ich bereits gesagt, die Kürzung keinen so trifft, dass die Existenz des Engagements, des Vereins oder was auch immer in Frage gestellt wird.

10. Wir haben daher beschlossen

- der vom HUFÄ empfohlenen Kürzung der freiwilligen Leistungen um 10 % gemäß Vorlage zuzustimmen.
- zur Abstützung des Konsolidierungskurses die Beteiligung am Kommunalen Entschuldungsfonds zu befürworten. Dazu noch eine Anmerkung, weil man meinen könnte, die Kürzung der freiwilligen Leistungen um insgesamt 17.750 Eur. bringt nichts. Unser Beitrag zum Kommunalen Entschuldungsfonds bringt rund 150.000 Eur. Über den gleichen Zeitraum von 15 Jahren gerechnet bringt die 10%ige Kürzung der freiwilligen Leistungen rund 265.000 Eur., also rund 100.000 Eur. mehr. Man darf also nicht nur – und so ist ja auch der Entschuldungsfonds angelegt – das einzelne Jahr sehen. Nachhaltigkeit ist hier erneut das Stichwort.
- die Festsetzung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer ab 2012 auf 350% mitzutragen, weil das für eine Stadt mit derart attraktiven Standortfaktoren wie Hachenburg vertretbar ist. Wir sollten jedoch auch dabei, wie bei der Kürzung der freiwilligen Leistungen, mit Augenmaß vorgehen, denn wir wollen uns ja auch künftig über gute

Gewerbesteuereinnahmen freuen. Gegenwärtig liegt der Durchschnitt der Hebesätze von Gemeinden vergleichbarer Größe im Landkreis WW bei 348 %.

- für die Erhöhung der Parkgebühren auf 50 Cent pro Stunde gemäß Vorlage zu votieren. Hachenburg ist als Qualitätsstadt zertifiziert. Das sollte Anreiz genug sein um 20 Cent pro Stunde höhere Parkgebühren zu verkraften.

Insgesamt hätten wir damit beide Seiten, die Einnahmeseite und die Ausgabenseite ausgewogen im Sinne einer nachhaltigen Konsolidierung berücksichtigt.